

10/SN-208/ME

Amt der o.ö. LandesregierungVerf(Präs) - 300368/7 - G1

Linz, am 20. Juni 1989

DVR.0069264

Bundesgesetz über den Schutz
von Sportstätten (Sportstätten-
schutzgesetz);
Entwurf - Stellungnahme

Zu GZ. 12.949/3-III/2/89 vom 11. April 1989

An das

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Sport

Minoritenplatz 5
1014 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Z'	32 GE 9 89
Datum:	27. JUNI 1989
Verteilt:	3.6.89 <i>Heide</i>

A. Baier

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit der
do. Note vom 11. April 1989 versandten Gesetzentwurf wie
folgt Stellung zu nehmen:

Die Absicht, die mit Ende 1990 auslaufende Übergangsregelung
eines Kündigungsschutzes für Sportstätten durch eine auf die
Zivilrechtswesenkompetenz gestützte, bundesgesetzliche Dau-
erlösung zu ersetzen, die

- * einerseits den berechtigten Allgemeininteressen an der Er-
haltung einer ausreichenden sportlichen Infrastruktur
Rechnung trägt, und
- * andererseits den Eigentümern derartiger vermieteter und
sportlich genutzter Grundstücke höchstens jene Beschrän-
kungen in der Nutzung ihres Eigentums zugemutet, die ihnen
auf Grund des Art. 1 des 1. Zusatzprotokolles zur Europä-

- 2 -

ischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zugemutet werden dürfen,

wird unter der Voraussetzung begrüßt, daß tatsächlich - wie es die Erläuterungen ausdrücken - die derzeit in Österreich bestehende sportliche Infrastruktur im Interesse der Öffentlichkeit in ihrem Bestand erhalten wird.

Auffallend ist, daß das Gesetzesvorhaben nur auf Sportstätten allein abzielt. Für die in die Übergangsregelung (§ 49 Abs. 1 Z. 1 MRG i.d.F.d. Bundesgesetzes BGBl.Nr. 724/1988 sowie die Verordnungen BGBl.Nr. 759/1988 und 11/1989) noch miteingebundenen Kinderspielplätze und Verkehrsübungsplätze für Kinder sollen Kündigungsschutzbestimmungen offenbar wegfallen. Das ist nicht von vornherein einsichtig, zumal auch schon das Spielplatzschutzgesetz, StBl.Nr. 334/1920, Grundstücke, die als Spiel-, Sport- oder Turnplätze in gemeinnütziger Weise verwendet werden, in den zivilrechtlichen Bestandschutz eingebunden hatte. Auch scheint die Annahme gerechtfertigt, daß das Gemeinnützigkeitsargument - durchaus im Sinne des in den Erläuterungen zum Entwurf dargelegten Begriffsverständnisses - nicht gegen die weitere Einbeziehung auch dieser Plätze in das Schutzanliegen spricht. Die Erläuterungen geben zu diesem Punkt keine Auskunft. Es wird angeregt, den Kündigungsschutz des Gesetzesvorhabens auch für Kinderspielplätze und Verkehrsübungsplätze für Kinder vorzusehen oder zumindest in den Erläuterungen darzutun, warum derartige (bisher in gleicher Weise wie Sportplätze geschützte) Plätze aus dem Regelungsanliegen nun herausfallen sollen.

- 3 -

Im einzelnen:Zu § 2 Abs. 2 Z. 1:

Diese Kündigungsgrundregelung ist offenbar so gemeint: Ein wichtiger Kündigungsgrund soll vorliegen, wenn sich der Mieter weigert, den in einem Verfahren nach § 3 als angemessen festgestellten (erhöhten) Mietzins zu zahlen, und zwar rückwirkend auf den Zeitpunkt der § 3-Antragstellung nachzu- zahlen. Ob die vorgesehene Formulierung dieses (unter Einbeziehung der Erläuterungen offensichtlich) intendierte Regelungsziel auch mit hinreichender Klarheit zum Ausdruck bringt, darf bezweifelt werden.

Zu § 4 Abs. 1:

Da der Gesetzentwurf insgesamt (in gleicher Weise wie das MRG bzw. vorher das MG) nur den Schutz des (Sportstätten-) Mieters bezweckt, sollte hier das Erfordernis der gerichtlichen Kündigung auch (ausdrücklich) auf den Vermieter beschränkt werden. Für den gleichlautenden § 33 Abs. 1 erster Satz MRG ist in Praxis und Schrifttum eine entsprechend einschränkende Interpretation ohnedies schon längst anerkannt (vgl. z.B. Koziol-Welser, Grundriß des bürgerlichen Rechts I⁶, Wien 1983, 297).

Zu § 4 Abs. 4:

Die im ersten Satz gewählte Formulierung könnte die Auslegung stützen, daß der Vermieter schon immer dann zu keinerlei Aufwandsatz verpflichtet ist, wenn der gegenwärtige Wert der Aufwendungen den wirklich gemachten Aufwand über-

- 4 -

steigt. Dies erschiene unbillig und wohl auch nicht beabsichtigt. Die Erläuterungen geben hiezu nichts her. Eine Klarstellung wird angeregt.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:

Dr. E. P e s e n d o r f e r

Landesamtsdirektor

- - -

- a) Allen
 oberösterreichischen Abgeordneten zum
 Nationalrat und zum Bundesrat
- b) An das
 Präsidium des Nationalrates
 1017 W i e n , Dr. Karl Renner-Ring 3
- c) An alle
 Ämter der Landesregierungen
- d) An die
 Verbindungsstelle der Bundesländer
 beim Amt der NÖ. Landesregierung
 1014 W i e n , Schenkenstraße 4

(25-fach)

zur gefälligen Kenntnis.

Für die o.ö. Landesregierung:

Dr. E. P e s e n d o r f e r

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

